

PRESSEMITTEILUNG

Zypries' Urheberrechtspläne gehen an Wirklichkeit der Informationsgesellschaft vorbei

- Fehlender Auskunftsanspruch verhindert effektive Verfolgung von Datenpiraten und Raubkopierern
- Faktisch kein Schutz für Produzenten digitaler Güter

Die am vergangenen Donnerstag vom Bundesministerium für Justiz vorgestellten Eckpunkte zur anstehenden Urheberrechtsreform berücksichtigen nicht die Situation der betroffenen Rechteinhaber und –verwerter. Bereits mehrfach hatte der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. in der Vergangenheit einen angemessenen Schutz für die Produzenten digitaler Güter (wie Software, Filme, Musik) angemahnt. Vor allem der für die Rechteinhaber unbedingt erforderliche zivilrechtliche Auskunftsanspruch, der den betroffenen Unternehmen eine effektivere Verfolgung von Datenpiraten und Raubkopierern ermöglichen würde, hat in dem von Justizministerin Brigitte Zypries vorgestellten Papier keine Berücksichtigung gefunden. „Ein Auskunftsanspruch für die geschädigten Unternehmen würde die ohnehin überlasteten Strafverfolgungsbehörden massiv entlasten und so das Problem der massenhaften Verbreitung und Nutzung illegaler Raubkopien und Umgehungsvorrichtungen effektiv eindämmen“ so BVDW-Präsident Arndt Groth (Interactivemedia CCSP GmbH). Das Fehlen dieses Auskunftsanspruches unter anderem mit den daraus resultierenden Verpflichtungen für die Netzwirtschaft zu begründen, hält er zudem für unangemessen. „Contentanbieter und Softwareproduzenten haben immer unterstrichen, dass es hier eine Kostenbefreiung für die Provider geben muss.“

Berlin/Düsseldorf, 14. September 2004

Nach Einschätzung verschiedener Experten wird das Eckpunkte-Papier der Wirklichkeit der Informationsgesellschaft nicht gerecht. „Digitale Inhalte lassen sich problemlos ohne Qualitätsverlust massenhaft kopieren und verbreiten. Dabei werden Werkzeuge zu Hilfe genommen, mit denen Kopierschutzmechanismen umgangen werden. Die einzelnen Komponenten, aus denen die Werkzeuge zum Hacken und Knacken von Schutzvorrichtungen zusammengebaut werden können, können problemlos erworben oder im Internet gefunden werden“ so Dr. Christian Dressel (Mitglied des Gesamtvorstands des BVDW und Leiter des Arbeitskreises Medienpolitik im BVDW). „Allein mit der Hilfe der Strafverfolgungsbehörden, die – wenn überhaupt – nur mit erheblichem Zeitverzögerung entsprechende Maßnahmen ergreifen, ist das Phänomen Datenpiraterie nicht in den Griff zu bekommen. Ein einstweiliger zivilrechtlicher Rechtsschutz wäre hier das effektivere, aber auch mildere Mittel. Die Politik hat immer betont, man wolle keine Kriminalisierung der Verbraucher, gleichzeitig versagt sie nun aber effektive Abhilfe beim Auskunftsanspruch.“

Nach Auffassung von Friederike Behrends (Bild.T-Online.de AG & Co. KG), ebenfalls Leiterin des Arbeitskreises, sind die Strafverfolgungsbehörden nicht genügend gerüstet, um die Rechteinhaber effektiv schützen zu können. Zudem besteht angesichts der zeitlichen Dauer, die die Einleitung und Dauer von staatlichen Maßnahmen in Anspruch nimmt, kein hinreichender Schutz. „Die Klarstellung, dass beispielsweise eine Privatkopie für den Nutzer einer Tauschbörse im Internet dann nicht erlaubt sei, wenn es sich für ihn offensichtlich um ein rechtswidriges Angebot handelt, zeigt, dass der eigentliche Kern des Problems durchaus erkannt wurde. Es fehlt allerdings an der richtigen Schlussfolgerung. Der Contentwirtschaft nutzt ein Gesetz nichts, wenn schwere Rechtsverletzungen angesichts fehlender Instrumente nicht verfolgt werden können. Ein zivilrechtlicher Auskunftsanspruch hingegen ermöglicht eine schnellere und damit oftmals überhaupt eine Verfolgung.“

Auch Dressel hält das aktuelle Eckpunktepapier für kontraproduktiv: „Unter dem Deckmantel der zu erhaltenden Privatkopie wird dem Missbrauch Tür und Ohr geöffnet. Die Zeche hierfür zahlen die ehrlichen Konsumenten. Verbraucherfreundliche Politik sieht anders aus.“ Die Reaktion der CDU/CSU-Fraktion, nach der das Papier hinter den Erwartungen zurück bleib, die man an das Urheberrecht im digitalen Zeitalter stellen muss, fällt ähnlich aus. In der Tat ist mehr als fraglich, ob ein an den Eckpunkten orientiertes Urheberrechtsgesetz den illegalen Tauschbörsen die Grundlage entziehen würde. Zumal eine erst kürzlich veröffentlichte Studie der Universität Witten-Herdecke belegt, dass Raubkopieren für einen

PRÄSIDIUM
 ARNDT GROTH
 PRÄSIDENT

CHRISTOPH V.
 DELLINGSHAUSEN
 VIZEPRÄSIDENT

RUDOLF GALLIST
 VIZEPRÄSIDENT

PETER POLZER
 VIZEPRÄSIDENT

AXEL SCHMIEGELOW
 VIZEPRÄSIDENT

GESCHÄFTSSTELLE
 KAISTRASSE 14
 40221 DÜSSELDORF
 0211 / 600 456 0
 FAX 0211 / 600 456 33
 E-MAIL INFO@DMMV.DE
 URL WWW.BVDW.ORG

...

BÜRO BERLIN
 SCHLÜTERSTRASSE 41 / II
 10707 BERLIN
 030 / 880 078 30
 FAX 030 / 880 078 33

...

BÜRO MÜNCHEN
 BAIERBRUNNER STR. 25
 81379 MÜNCHEN
 089 / 291 602 93
 FAX 089 / 291 602 96

...

GESCHÄFTSFÜHRER
 ALEXANDER FELSENBERG

VEREINSREGISTER DÜSSELDORF
 VR 8358

UMSATZSTEUERNUMMER:
 106/5742/0263

MITGLIEDSBEITRÄGE:
 HYPOVEREINSBANK AG
 KONTO-NR. 2 718 871
 BLZ 700 202 70

SONSTIGE ZAHLUNGEN:
 HYPOVEREINSBANK AG
 KONTO-NR.:66 583 68 78
 BLZ:700 202 70

Großteil der Anwender zum alltäglichen Leben gehört. „Es gibt leider kein wirkliches Unrechtsbewusstsein. Daran wird ein Urheberrechtsgesetz nach den nun präsentierten Vorgaben wohl kaum etwas ändern“ zeigt sich Dressel enttäuscht über die vorgestellten Eckpunkte.

Nach Ansicht der BVDW-Experten wird es daher auf nichtabsehbare Zeit auch keine verbraucherfreundlichere Preisgestaltung der Anbieter geben können. „Die Voraussetzung hierfür ist die gesetzlich geschützte Investitionssicherheit für die Unternehmen. Diese ist durch das nun vorgestellte Papier nicht gegeben. Die Verbraucher werden sich vor diesem Hintergrund über eine schwindende Vielfalt insbesondere bei investitionsintensiven Premium-Inhalten nicht wundern dürfen“ so Dressel, der in diesem Zusammenhang auf die Entwicklungen der letzten Jahre in der Musikwirtschaft verweist. „Die Industrie wird nur noch in Produkte und Inhalte investieren, von denen sie sicher sein kann, dass sich das Investment auch lohnt. Solange sie Milliardenverluste in Kauf nehmen muss fehlt einfach Geld für die Entwicklung und Produktion kostenintensiver Inhalte“ fasst Behrends das Dilemma der betroffenen Unternehmen zusammen.

Kontakt:

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.
Christoph Salzig, Pressesprecher
Tel. 0211 600 456 -26, Fax: -33
Mail: Nachname @bvdw.org
URL: www.bvdw.org

Die Pressemitteilung zum Download finden Sie unter:

> http://www.bvdw.org/ww/de/7_pub/aktuelles/pressemitteilungen.cfm

Wir über uns:

Mit Beschluss der zwölften Mitgliederversammlung heißt der Deutsche Multimedia Verband (dmmv) e.V. künftig Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. Der BVDW ist Europas mitgliederstärkste Interessen- und Berufsvertretung der Digitalen Wirtschaft mit mehr als 940.000 Beschäftigten. Die rund 1.000 Mitglieder des BVDW sind in den Sektoren Internet- und Multimedia-Dienstleistungen, Softwareentwicklung und -handel, Systemhäuser, Zugangsplattformen, Online-Dienste und Internetangebote (E-Content, E-Commerce, E-Services) tätig. Er vertritt bundesweit insgesamt rund 1.600 Unternehmen* der Digitalen Wirtschaft in allen medien- und wirtschaftspolitischen Belangen.

Als der maßgebliche Berufsverband entwickelt der BVDW Aus- und Weiterbildungsmodelle (mit Zertifizierung zur Qualitätssicherung), Kalkulationsgrundlagen, Musterverträge und Handlungsempfehlungen für die neuen Tätigkeitsfelder. Seine Kernfunktion liegt neben der politischen Arbeit in seiner Leistung als Know-how-Pool, Austauschplattform und Anbieter von Serviceleistungen für seine Mitglieder.

Der BVDW bietet den wichtigsten Branchensegmenten in eigenständigen Fachgruppen zu den Themen Aus- und Weiterbildung, Agenturen, Dienstleister, E-Commerce, E-Content/E-Services, Online-Vermarktung und Softwareindustrie ein umfassendes Inhalteangebot auf seiner Website (www.bvdw.org). Mit Foren, Mailinglisten, Votings und Downloads steht den Mitgliedern eine effektive Arbeitsplattform zur Verfügung. Die inhaltliche Arbeit wird in mehr als 20 Arbeitskreisen und Projektgruppen vorbereitet.

Als Ansprechpartner für Behörden, Presse und andere Branchenvertretungen ist es dem BVDW gelungen, eine starke Interessenvertretung zu schaffen, um dem Bereich der Interaktiven Medien ein für alle Marktteilnehmer ertragreiches Tätigkeitsfeld zu gewährleisten.

* BVDW-Mitglieder und die vom BVDW politisch vertretenen Unternehmen des Netzwerks der Digitalen Wirtschaft

GESCHÄFTSSTELLE
KAISTRASSE 14
40221 DÜSSELDORF
0211 / 600 456 0
FAX 0211 / 600 456 33
E-MAIL INFO@DMMV.DE
URL WWW.BVDW.ORG

...

BÜRO BERLIN
SCHLÜTERSTRASSE 41 / II
10707 BERLIN
030 / 880 078 30
FAX 030 / 880 078 33

...

BÜRO MÜNCHEN
STIEVESTRASSE 7
80638 MÜNCHEN
089 / 291 602 93
FAX 089 / 291 602 96

...

GESCHÄFTSFÜHRER
ALEXANDER FELSENBERG

VEREINSREGISTER DÜSSELDORF
VR 8358

UMSATZSTEUERNUMMER:
106/5742/0263

MITGLIEDSBEITRÄGE:
HYPOVEREINSBANK AG
KONTO-NR. 2 718 871
BLZ 700 202 70

SONSTIGE ZAHLUNGEN:
HYPOVEREINSBANK AG
KONTO-NR.:66 583 68 78
BLZ:700 202 70